

Niederschrift über die Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung am 5. September 2016

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung
2. Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 30. Mai 2016
3. Anfrage „Barrierefreie Veranstaltungen am Beispiel der NRW-Tage“
4. Diversity-Management: Inhalte, Ziele und Handlungsfelder
5. Berichte aus den Runden Tischen
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Verschiedenes

Bürgerfragestunde

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von
Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Anwesenheitsliste

Mitglieder

Ratsherr Lehne	Vorsitzender
Herr Wessels	stellvertretender Vorsitzender
Herr Borzim	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Fischer	Menschen mit Körperbehinderung und chronischer Erkrankung
Herr Graf	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Hoop	Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern
Herr Joedecke	Sprecher Runder Tisch Kommunikation
Herr Kozyk	Menschen mit Sehbehinderung
Ratsherr Matheisen	FDP-Ratsfraktion
Ratsfrau Mohrs	SPD-Ratsfraktion
Herr Nowinski	Ratsfraktion Die Linke
Frau Ott	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Frau Rigter	Behindertenkoordination
Frau Sader	Seniorenrat
Herr Schlachetzki	Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Schormann	Gesundheitsamt

Stellvertretende Mitglieder

Herr Dölling	Amt für soziale Sicherung und Integration
Herr Fladerer	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Verkehr
Herr Hahn	stellvertretender Sprecher Runder Tisch Bauen
Frau Hartmann	Behindertenkoordination
Frau Hermanns	Arbeitsgemeinschaft der Vereine behinderter und chronisch kranker Menschen e. V.
Frau Rohrbacher	Menschen mit psychischer Behinderung
Herr Welski	Körper- und Mehrfachbehinderte
Herr Schadrack	FDP-Ratsfraktion

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von
Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Herr Bergmann	Amt für Kommunikation
Herr Müller	Behindertenkoordination (Schriftführung)
Frau Ostuni	Behindertenkoordination
Herr Rütten	Büro Oberbürgermeister

Gäste

Frau Wassenhoven	Büro Oberbürgermeister
------------------	------------------------

Entschuldigt

Frau Bellstedt	Liga Wohlfahrt
Herr Buschhausen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Dill	stellvertretende Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Frau Heggen	Amt für soziale Sicherung und Integration
Frau Humpert-Kalb	Sprecherin Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie
Frau Kirberg	Menschen mit geistiger Behinderung
Herr Klussmann	Menschen mit Hörbehinderung
Frau Reichmann-Schmidt	Menschen mit psychischer Behinderung
Ratsfrau Steinbrink-Neubacher	SPD-Ratsfraktion
Ratsherr Stieber	CDU-Ratsfraktion
Ratsherr Warnecke	Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Presse

keine Pressevertretung

TOP 1

Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Wassenhoven vom Büro des Herrn Oberbürgermeisters.

Für die Verwaltung vertritt Herr Dölling den erkrankten Herrn Buschhausen.

Ratsherr Lehne erinnert an die Grundsätze für einen möglichst barrierefreien Sitzungsverlauf. Im Anschluss erfolgt die Kurzvorstellung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Beirates fest. Er weist darauf hin, dass er als zusätzlichen Tagesordnungspunkt gewünscht hatte, ein Vertreter der Deutschen Bahn möge Auskunft zu der weiterhin unbefriedigenden Situation der Aufzüge und Fahrtreppen geben. Leider sei es jedoch kurzfristig nicht mehr möglich gewesen. Allerdings habe der Leiter des Bahnhofsmanagements, Herr Grein, zugesagt, sich in der kommenden Sitzung am 5. Dezember den Fragen zu stellen. Zum Thema „Tour de France – Grand Départ 2017“ werde die Verwaltung unter TOP 6 über den aktuellen Sachstand informieren.

Außerdem weist er darauf hin, dass das stellvertretende Beiratsmitglied, Herr Reinsch, sein Mandat zurückgegeben habe. Die Vertreterinnen und Vertreter aus den Behindertenorganisationen seien derzeit bemüht, jemanden für die Nachfolge zu finden.

Herr Wessels meldet zum TOP 7 „Verschiedenes“ Ergänzungen an.

Der Beirat stimmt der Tagesordnung mit den Ergänzungen zu.

TOP 2

Anerkennung der Niederschrift der Sitzung vom 30. Mai

Die Niederschrift wird in der vorgelegten Fassung einstimmig, bei einer Enthaltung, angenommen.

TOP 3

Anfrage „Barrierefreie Veranstaltungen am Beispiel der NRW-Tage“

Herr Wessels trägt die Anfrage vor. Für die Verwaltung antwortet Frau Wassenhoven.

Frage 1

Warum wurde bei der Vorbereitung der Veranstaltung kein Kontakt zu den Fachleuten des Beirates, der Runden Tische und der Behindertenkoordination aufgenommen?

Antwort

Mit Email vom 21. Oktober 2015 habe das Projektteam des NRW-Tages dem Vorsitzenden des Beirates angeboten, im Rahmen einer Sitzung eine Präsentation der bis dato vorliegenden konzeptionellen Überlegungen vorzunehmen. Wie bereits bei anderen Veranstaltungen hätten Fraktionen und Beiräte die Möglichkeit gehabt, sich in dieser Form informieren zu lassen und sich entsprechend einzubringen. Leider habe es zu dieser Email keine Rückmeldung gegeben.

Auch im Rahmen anderer diesbezüglicher Informationsveranstaltungen in den Fraktionen sowie in den Bezirksvertretungen 1 und 4 habe es dazu keinerlei Rückmeldungen gegeben. Eine Kontaktaufnahme nach Bekanntgabe des Termins der Veranstaltung wäre selbstverständlich jederzeit möglich gewesen.

Der Düsseldorfer Sehbehindertentreff, das Selbsthilfe-Service-Büro sowie die Düsseldorfer Selbsthilfegruppen und –vereine seien auf der Ehrenamtsmeile als Akteure mit eigenem Zelt vertreten gewesen.

Frage 2

Welche Vorkehrungen hat die Stadt unternommen, um Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit des NRW Festes barrierefrei zu gestalten?

Antwort

Das Programm sei im Internet barrierefrei zugänglich gewesen. Bei der Eröffnungsveranstaltung, dem ökumenischen Gottesdienst sowie auf diversen Bühnen mit gesprächslastigen Programmpunkten (Forum Politicum, Bühne am Landtag) sei ein Gebärdendolmetscher im Einsatz gewesen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer seien darum gebeten worden, Leichte Sprache anzuwenden. Alle Objekte habe man anfassen und betasten können. Einige Akteurinnen und Akteure hätten Informationen speziell für Sehbehinderte gehabt.

Zwei Drittel der Zelte seien durch fehlende Schwerlastböden (Shadowplatz, Rheinwiese) und über Rampen barrierefrei zugänglich gewesen (Johannes-Rau-Platz, Reuterkaserne, Untere Rheinwerft, Landtagswiese, Grabbplatz).

Die Akteurinnen und Akteure mit rampenlosen Zelten hätten auf Bitten des Projektbüros ihre Aktionen im Eingangsbereich des Standes durchgeführt, so dass die Zelte nicht betreten werden mussten.

Die Veranstaltungsflächen seien grundsätzlich barrierefrei zugänglich gewesen, sie seien nicht neu erschlossen worden, sondern Teil des Stadtgebietes. Die Rheinwiese sei als Kirmesfläche bekannt und durch asphaltierte Wege erreichbar. Am Grabbplatz sei mit einem zusätzlichen Schild auf die Rampe hingewiesen worden, über die die oberen Stufen erreichbar waren.

Frage 3

Warum wurden im Programmheft keinerlei Informationen zur barrierefreien Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der einzelnen Veranstaltungen und Veranstaltungsorte aufgenommen?

Antwort

Im Programmheft seien die barrierefreien Toiletten ausgewiesen gewesen, ebenso Hinweise auf barrierefreie Zelte und gemäß der Empfehlung des Runden Tisches Kommunikation, der Hinweis auf Gebärdensprachdolmetscherinnen beziehungsweise Gebärdensprachdolmetscher, deren Einsatz zum Zeitpunkt der Drucklegung bekannt gewesen sei. Da einige Informationen noch nicht vorlagen und darum in das Programmheft nicht aufgenommen werden konnten, sei erstmalig eine Servicetelefonnummer angegeben worden, um beispielsweise Fragen nach Behindertenparkplätzen zu beantworten. Von der Telefonnummer sei Gebrauch gemacht worden.

Frage 4

Wie gedenkt die Verwaltung, derartige Fehler in der Zukunft endgültig zu vermeiden?

Antwort

Hinweise auf die Beschaffenheit des Bodens würden zukünftig aufgenommen, Behindertenparkplätze früher ausgewiesen.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit werde das Amt für Kommunikation zukünftig verstärkt beispielsweise auf den Einsatz der Gebärdensprachdolmetscherinnen beziehungsweise Gebärdensprachdolmetscher aufmerksam machen und auch die entsprechenden Medien, wie „Taubenschlag“, in den Verteiler aufnehmen. (Nach Hinweis des Gebärdensprachdolmetschers sei dies geschehen.)

Die Verwaltung nehme frühzeitige Hinweise gerne auf, um sie im Sinne der Sache rechtzeitig zu korrigieren.

Der Beirat nimmt die Antwort ohne Diskussion zur Kenntnis.

TOP 4

Diversity-Management: Inhalte, Ziele und Handlungsfelder

Frau Hoop erläutert anhand einer Folienpräsentation die Ziele und Inhalte. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Frau Hoop für deren Vortrag.

Herr Fischer bittet um die Verwendung einer einfacheren Sprache, insbesondere auf vermeidbare englische Begriffe zu verzichten.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Frau Hoop antwortet, sie selber verwende häufig auch den Begriff „Vielfalt“ statt „Diversity“ und nenne sich lieber Beauftragte und nicht Managerin. Allerdings würden die englischen Begriffe in der Fachdiskussion so überall verwendet.

Herr Wessels erwähnt, dass er in Vorbereitung des „Diversity-Tages“ am 2. Dezember mit Frau Hoop im Gespräch sei und auch einen Text für das Thema Behinderung vorbereite, was nicht einfach sei, da die Menschen mit Behinderung eher ihre Normalität und die Inklusion, nicht die Verschiedenheit betonen möchten.

Frau Pohlmann merkt an, der Begriff „Diversity“ komme aus der Wirtschaft. Aus ihrer Sicht gehe es darum, wie die Vielfalt der Beschäftigten genutzt werden könne, um Gewinne zu erzielen und eventuell auch Personal abzubauen. Sie verstehe noch nicht, was damit für den Beirat und die Menschen mit Behinderung erreicht werden solle. Sie sei durch das Thema verunsichert. Allerdings sei mit Frau Hoop eine sehr kompetente Frau in dieser Stelle, die sie sehr schätze.

Frau Hermanns erwidert, sie sehe das Thema „Diversity“ sehr positiv. Sie habe früher in einem großen Handelskonzern gearbeitet. Dort sei es damals bereits ein wichtiges Thema gewesen. Anstatt um Personalabbau sei es darum gegangen, Menschen mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten zu fördern. Genauso sehe sie das auch innerhalb der Stadtverwaltung. Sie habe den Eindruck, das sei bereits in der letzten Sitzung falsch verstanden worden. Auch der Stadt sollte es darum gehen, sich besonders vielfältig aufzustellen und diesen Bereich fördern; das betreffe selbstverständlich auch Menschen mit Behinderung. Allerdings sollte das nicht „von oben“ aufgedrückt werden, sondern es könne nur gemeinsam mit den Betroffenen geschehen. Genau das werde Frau Hoop auch machen.

Auf die Frage von Frau Hampe, ob es die Möglichkeit gebe, zumindest Teile dieses Konzeptes in Leichter Sprache anzubieten, sagt Frau Hoop zu, nach Möglichkeiten zu suchen, diesem Wunsch zu entsprechen.

Herr Kozyk ergänzt, er müsse sein ursprüngliches Urteil hinsichtlich dieses Themas verändern. Er habe damals heraus gehört, im Büro für die Gleichstellung von Frauen und Männern sollten Behindertenangelegenheiten gemanagt werden. Nun sei aber deutlich geworden, dass es um den normalen Umgang mit den unterschiedlichsten Menschen innerhalb der Stadtgesellschaft gehen solle. Deren Können und Potenzial solle für alle, das gesamte Gemeinwesen, genutzt werden. Dabei solle es um Förderung und nicht um Ausgrenzung gehen. Diesen Ansatz halte er für sehr positiv.

Ratsherr Lehne ergänzt abschließend, dass er auch der Ansicht sei, die Themen sollten in einfacher Sprache vermittelt werden, damit es für alle Menschen verständlich sei. Ansonsten bedanke er sich für den sehr guten Vortrag.

Frau Hoop bedankt sich für das Interesse und freut sich über die Mitwirkung des Beirates bei der weiteren Ausgestaltung von „Diversity“ in der Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft.

TOP 5

Berichte aus den Runden Tischen

a) Runder Tisch Bauen

Herr Schlachetzki informiert darüber, dass der Runde Tisch Bauen im Berichtszeitraum zweimal getagt habe; am 6. Juni war eine reguläre Sitzung und am 5. Juli war eine Sondersitzung zu Baumaßnahmen von Kindertagesstätten.

Durch die Festlegung auf spezielle Gestaltungsstandards und die kontinuierliche Weiterentwicklung, besonders im Bereich Schulbauten und Baumaßnahmen von Kindertagesstätten, zeige sich eine deutliche Verbesserung der Abstimmungsprozesse im Runden Tisch.

Zu Irritationen führe jedoch weiterhin das Fehlen einer klaren Regelung für die Zusammenarbeit der mit an den Prozessen beteiligten Fachämtern. Wie bereits im Beirat für Menschen mit Behinderung durch das Amt für Gebäudemanagement bestätigt worden sei, solle bei allen Baumaßnahmen die Auffindbarkeit der Gebäude durch ein Leitsystem bereits ab dem öffentlichen Raum, hinführend zum jeweiligen Gebäude gewährleistet werden. Dieses werde jedoch immer noch nicht flächendeckend umgesetzt.

Der Runde Tisch Bauen bittet daher erneut um ein Verfahren zur notwendigen fachübergreifenden Zusammenarbeit der jeweiligen Fachämter.

Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

b) Runder Tisch Kommunikation

Herr Joedecke berichtet, dass sich der Runde Tisch Kommunikation in seiner letzten Sitzung am 4. Juli besonders mit vier Themen befasst habe.

Erstens: der neue Internetauftritt

Das klare Schriftbild und die übersichtliche und aufgeräumte Seitengestaltung seien hervorzuheben. Besonders positiv bewerten die Mitglieder die Seiten in Leichter Sprache und das Gebärdensprachvideo. Dieser erste Schritt sei jedoch durch weitere entsprechende Seiten zu inhaltlichen Themen zu ergänzen. Die noch bestehenden Fehler und Probleme würden hoffentlich bald behoben.

Zweitens: mangelhafte Dokumente im Ratssitzungsdienst

Der Runde Tisch Kommunikation finde es ärgerlich, dass viele Dokumente des Ratssitzungsdienstes immer noch nicht den Erfordernissen der Barrierefreiheit entsprächen. Seit langer Zeit höre man die unterschiedlichsten Erklärungsversuche. Das Behindertengleichstellungsgesetz schreibe das barrierefreie Internet seit 2004 vor. Das gelte auch für Düsseldorf. Er empfehle, die PDF-Dokumente stichprobenartig durch Fachleute prüfen zu lassen, die selber Screenreader nutzen. Nur so werde es in diesem Zusammenhang zu einem befriedigenden Ergebnis kommen.

Drittens: Die Handreichung für die Verwaltung „Wege zur barrierefreien Öffentlichkeitsarbeit“

Der Entwurf dieser internen Verwaltungsempfehlung sei abgeschlossen. Sie enthalte viele positive Ansätze. Allerdings sei man mit der empfohlenen Schriftart Minion nicht übereingekommen. Diese bereite wegen ihrer Serifen sehbehinderten Menschen erhebliche Leseprobleme. Gleiches gelte für die empfohlenen Schriftgrößen. Die Behindertenvertreterinnen und Behindertenvertreter des Runden Tisches Kommunikation sprächen sich in einer Gegendarstellung für eine Mindestgröße von 12 Punkt in der serifenlosen Schriftart News Gothic in Broschüren und Merkblättern aus.

Viertens: Barrierefreie Veranstaltungen

Auch der Runde Tisch Kommunikation habe sich mehrfach dieser Thematik gewidmet. Man sei der Meinung, dass jetzt Schluss sein müsse, mit dem Hin- und Herschieben von Verantwortungen. Veranstaltungen, die von der Stadt genehmigt, vorbereitet, mitveranstaltet, beworben und nicht zuletzt finanziert werden, müssten barrierefrei sein. Dazu gehöre eine qualifizierte und differenzierte Information und Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld. Das solle zur Chefsache gemacht werden.

Frau Ott fragt nach, welche Schriften und Schriftgrößen seitens des Runden Tisches Kommunikation empfohlen werden.

Herr Joedecke und Herr Müller antworten, dass der Runde Tisch und auch die Verbände sehbehinderter Menschen grundsätzlich serifenlose Schriften empfehlen. Im Rahmen des städtischen Corporate Designs wäre das die Schriftart News Gothic, die für Fließtext eine Mindestgröße von 12 Punkt haben sollte (verspätet bei TOP 6).

c) Runder Tisch Kinder, Jugendliche und Familie

Frau Hartmann berichtet an Stelle der entschuldigenden Sprecherinnen Frau Humpert-Kalb und Frau Dill.

Der Runde Tisch Kinder, Jugendliche und Familie habe im Zeitraum seit der letzten Beiratssitzung einmal getagt.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Schwerpunkt der Sitzung am 9. Juni sei das Thema „Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche“ gewesen. Dabei habe man sich auch mit Ferienangeboten befasst.

Zwei Vertreterinnen des Jugendringes - dem Zusammenschluss der Jugendverbände in Düsseldorf - sowie der Leiter des Jugendamtes, Herr Horn, hätten ausführlich zum aktuellen Sachstand und den Entwicklungsperspektiven in der Jugendförderung, insbesondere hinsichtlich des Ausbaus inklusiver Angebote, berichtet.

Die nächste Sitzung des Runden Tisches Kinder, Jugendliche und Familie finde am 3. November statt.

Der Bericht wird ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

TOP 6

Mitteilungen der Verwaltung

a) Ämter- und dezernatsübergreifende Zuständigkeiten im Planungsprozess

Herr Greß vom Amt für Gebäudemanagement antwortet für die Verwaltung.

Zunächst erwähnt er, dass seit dem 1. August das Kulturamt die Verantwortung für die Baumaßnahmen der Kulturgebäude übernommen habe und das Schulverwaltungsamt für die Schulgebäude. Alle anderen Bauten gehörten weiterhin zum Zuständigkeitsbereich des Gebäudemanagements.

Das Thema Abstimmung sei seit jeher im städtischen Planungsprozess vorgesehen. Im Juli dieses Jahres habe man noch einmal die für den öffentlichen Raum zuständigen Ämter, also das Garten-, Friedhofs- und Forstamt sowie das Amt für Verkehrsmanagement angeschrieben und darauf hingewiesen, dass bei Baumaßnahmen des Amtes für Gebäudemanagement die Schaffung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum (Leitsystem zur Auffindbarkeit des Gebäudes) zu gegebener Zeit umgesetzt werden muss. Sofern das Amt für Gebäudemanagement Baumaßnahmen auf städtischen Grundstücken plane, werde die Abstimmung mit diesen beiden Ämtern auch erfolgen. Ein durchgehendes Leitsystem im öffentlichen Raum könne allerdings in diesem Zusammenhang so nicht umgesetzt werden, da nicht gleichzeitig mit einer Hochbaumaßnahme auch Gehwege und Straßen umgebaut würden. Es werde von daher immer zu einer Überschneidung kommen, dass ein taktiles Leitsystem auf ein nicht vorhandenes Leitsystem im öffentlichen Raum treffe. Wenn Hochbaumaßnahmen umgesetzt werden, würden nicht gleichzeitig Gehwege und Straßen gebaut. Er müsse um Verständnis dafür bitten.

Herr Fischer antwortet, es gehe den Mitgliedern des Runden Tisches Bauen nicht darum, ein durchgängiges taktiles Leitsystem umzusetzen.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Gerade im Zusammenhang mit Schulen oder Kindertagesstätten falle aber immer wieder auf, dass bei Baumaßnahmen innerhalb der Gebäude taktile Elemente umgesetzt würden, während es hingegen auf den Fußwegen an taktilen Elementen zur Auffindbarkeit des Gebäudes fehle, sodass die blinden und sehbehinderten Menschen an diesen Gebäuden vorbeigingen. Es fehle seiner Ansicht nach an der notwendigen Zusammenarbeit der unterschiedlichen Ämter und Dezernate.

Herr Kozyk stimmt dem zu. Es gehe ihnen nicht darum, Düsseldorf durchgängig mit Leitsystemen zu versehen. Es gehe darum, den Eingang zu einem Verwaltungsgebäude, einer Kultureinrichtung, einer Schule und Ähnlichem überhaupt zu finden. Er frage sich, wie insbesondere nach der geschilderten Organisationsänderung gewährleistet sei, dass die Bauvorhaben einzelner Fachbereiche miteinander vernetzt würden; ob es eine zentrale Stelle gebe, die dafür sorgen werde, dass auch im Straßenraum vor den Gebäuden die notwendigen Maßnahmen zur Auffindbarkeit getroffen würden; eine Stelle, die sich konkret benennen lasse, bei der er auch selber vorstellig werden könne.

Herr Greß antwortet, er werde diese Anregung mitnehmen.

Zur Frage der Zuständigkeit ergänzt Herr Greß, die jeweiligen bauverantwortlichen Ämter (Kulturamt, Schulverwaltungsamt und Amt für Gebäudemanagement) müssten den Kontakt zum Amt für Verkehrsmanagement und dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt aufnehmen.

Herr Kozyk erläutert noch, dass es neben der im Behindertengleichstellungsgesetz geregelten reinen Auffindbarkeit, in dem einen oder anderen Falle auch eines komplexeren Leitsystems bedürfe. Im einen Fall gehe es um die Auffindbarkeit von Gebäuden und deren Eingängen, im anderen Fall bestehe unter Umständen die Notwendigkeit, auch Freiflächen, wo es an Orientierungsmöglichkeiten fehle, oder Verkehrsknotenpunkte durch Leitsysteme zu verbinden. Bei ausschließlicher Zuständigkeit des Amtes für Verkehrsmanagement gebe es jedoch eine Ansprechpartnerin oder einen Ansprechpartner für die Maßnahme.

Frau Rigter führt noch an, dass im Runden Tisch Bauen Maßnahmen vorgestellt würden, die im Gebäudeinneren gute Leitsysteme vorsehen, während das Problem der Außenbereich sei, der in der Zuständigkeit des Amtes für Verkehrsmanagement oder des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes liege. Bisher sei die finanzielle Zuständigkeit noch klärungsbedürftig, ferner wer dafür Sorge trage, dass die für den Gebäudebau zuständigen Fachämter den Kontakt zu dem Amt für Verkehrsmanagement beziehungsweise zum Garten-, Friedhofs- und Forstamt aufnehmen.

Herr Greß antwortet, dies sei geklärt.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürften mit dem Amt für Verkehrsmanagement beziehungsweise Garten-, Friedhofs- und Forstamt diesbezüglich Kontakt aufnehmen, um die Umsetzung zu besprechen. Hierzu gebe es eine klare Aufforderung. Es sei somit eine Schnittstelle dahin gehend geregelt, dass für ein neues Gebäude ein Leitsystem über den Bürgersteig zur Auffindbarkeit des Gebäudeeingangs mit zur Umsetzung kommen soll.

Die folgenden Punkte werden von Herrn Dölling vom Amt für soziale Sicherung und Integration vorgetragen.

a) Tour de France – Grand Départ

Herr Dölling berichtet, die Planungen zum sogenannten Grand Départ der Tour de France 2017 liefen derzeit auf vollen Touren. Um die unterschiedlichen Aspekte der Barrierefreiheit angemessen berücksichtigen zu können, plane die Verwaltung derzeit ein Treffen mit dem Projektteam der Tour de France und Vertreterinnen und Vertretern der Menschen mit Behinderung im Beirat beziehungsweise den Runden Tischen. Man werde ein kleines Beratungsteam mit Mitgliedern der unterschiedlichen Behinderungsformen zusammenstellen und gehe davon aus, dass dann in der kommenden Sitzung die Planungen für 2017 hier im Beirat vorgestellt werden könnten.

b) Bäderkonzept - Beteiligung des Runden Tisches Bauen

Die Bädergesellschaft habe schriftlich mitgeteilt, dass künftig Neubauprojekte aus dem sogenannten Bäderkonzept 2020 für die Sitzung Runder Tisch Bauen angemeldet und dort frühzeitig zusammen mit den Architekturbüros vorgestellt werden.

c) Ermäßigungen in Schwimmbädern für Schwerbehinderte

In der letzten Sitzung sei zu TOP 3c „Behindertenrelevante Maßnahmen im städtischen Bäderkonzept“ eine Reduzierung der Eintrittspreise für schwerbehinderte Menschen angeregt worden. Der Sportausschuss habe sich in seiner Sitzung am 22. Juni mit einem ähnlich lautenden Antrag der Ratsfraktion Die Linke (Vorlage 52/42/2016) befasst und diesen mehrheitlich mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt. Darüber hinaus sei argumentiert worden, dass eine Debatte im Sportausschuss nicht zielführend sei, da die Gremien der Bädergesellschaft Düsseldorf GmbH für die Preisgestaltung zuständig seien.

d) Schulbauten barrierefrei - Ergänzungen des Schulverwaltungsamtes

Frau Wandt, Leiterin des Schulverwaltungsamtes, habe zugesagt, dem Wunsch des Beirates nachzukommen und eine differenzierte Darstellung der an den einzelnen Schulen vorhandenen Maßnahmen zur Barrierefreiheit zu erstellen. Dies sei jedoch für alle städtischen Schulstandorte in der entsprechenden Detailtiefe, um daraus auch eine echte Entscheidungshilfe für die Eltern zu erhalten, leider nicht bis zur heutigen Sitzung möglich gewesen.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Das Schulverwaltungsamt gehe davon aus, dass zum Ende dieses Jahres Ergebnisse zu erwarten seien und stimme sich vor der Erarbeitung der Übersicht mit dem Amt für soziale Sicherung und Integration ab. In diesem Zuge sollen auch die Zahlen für die weiterführenden Schulen und Berufskollegs ergänzt werden.

Bezüglich der Frage zum fehlenden Aufzugseinbau an der St.-Benedikt-Schule erklärt das Schulverwaltungsamt, dass die Toilettenanlage an der Schule am Standort Charlottenstraße 110 sanierungsbedürftig gewesen sei. Im Rahmen dieser Maßnahme sei dort ein barrierefreies WC geplant und umgesetzt worden, auch wenn der restliche Standort bisher nicht barrierefrei sei.

Da sich an diesem Standort auch eine Aula befände, die regelmäßig fremdvermietet werde, sei die Planung des barrierefreien WC's im Hinblick auf eine mögliche spätere barrierefreie Erschließung der Aula bei dieser Sanierung sinnvollerweise bereits berücksichtigt worden. Der Schulbaubereich werde entsprechende Maßnahmen zur barrierefreien Erschließung der Aula prüfen. Eine Umsetzung in 2017 oder 2018 scheine laut Schulverwaltungsamt realistisch.

e) Radwegenutzung in Parkanlagen

Anlässlich einer entsprechenden Formulierung des Ordnungsamtes im „Bericht zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung 2015“ hatte Herr Welski in der letzten Sitzung angeregt, auf den Parkschildern möge darauf hingewiesen werden, dass Menschen mit Schwerbehinderung ausnahmsweise die Nutzung von Fahrrädern in Parkanlagen gestattet sei. In seiner Antwort auf diese Anregung weise das Ordnungsamt darauf hin, dass die Beschilderung in den Parkanlagen in der Zuständigkeit des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes liege. Zu der zitierten Passage aus dem Berichtsteil des Ordnungsamtes zum Schloss und Park Benrath wurde erklärt, dies gebe nicht die geltende Rechtslage, sondern das faktische Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes (OSD) wieder. Eine von dem berechtigten Personenkreis insoweit begangene Ordnungswidrigkeit würde nicht verfolgt werden, sondern geduldet und zwar grundsätzlich und nicht nur einzelfallbezogen. Aus diesem Sachverhalt heraus äußere das Ordnungsamt rechtliche Bedenken gegen eine Ergänzung der Beschilderung in dem vom Beirat gewünschten Sinne. Eine Beschilderung könne nur die geltende Rechtslage wiedergeben und die sehe ein Radfahrverbot außerhalb ausdrücklich zugelassener Wege vor (vergleiche § 5, Absatz 1 der Düsseldorfer Straßenordnung). Ergänzend werde festgestellt, dass die beschriebene Praxis nach Kenntnisstand des Ordnungsamtes bisher keine Probleme aufgeworfen habe.

Herr Welski weist ergänzend darauf hin, dass dem Rat in seiner Sitzung am 6. September 2010 ein Antrag (01/160/2010) vorgelegen habe, der vorsah, zu diesem Punkt die Düsseldorfer Straßenordnung zu ändern.

Danach sei lediglich Kindern bis zum vollendeten achten Lebensjahr erlaubt, außerhalb der besonders gekennzeichneten Wege mit dem Rad zu fahren. Dies sollte dahingehend ergänzt werden, dass diese Ausnahme auch für behinderte Menschen mit entsprechendem Ausweis ebenfalls gelten solle. Dieser Antrag sei damals abgelehnt worden. Es sei an der Zeit, dieses Thema noch einmal anzugehen.

f) Fachtag :D inklusiv – Nachlese

Das Thema Inklusion als Querschnittsaufgabe habe am Donnerstag, den 30. Juni, im Mittelpunkt einer Fachtagung gestanden, die auf Anregung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom Amt für soziale Sicherung und Integration organisiert wurde. Die Tagung sollte Impulse geben, für alle Bürgerinnen und Bürger ein noch lebenswerteres Düsseldorf zu schaffen.

Auch der Aspekt einer älteren Gesellschaft solle in den zukünftigen Handlungsfeldern der Verwaltung und der Politik verstärkt berücksichtigt werden. Rund 110 Gäste aus Politik, Verwaltung, Wohlfahrtsverbänden, dem Beirat für Menschen mit Behinderung, den Behindertenverbänden und dem Seniorenrat hätten an der Veranstaltung teilgenommen. Nach einer Begrüßung durch Herrn Oberbürgermeister Geisel und die Beauftragte der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen, Frau Veldhues, habe Herr Professor Dr. Rohrmann von der Universität Siegen über das Thema „Lebenswerte Stadt - für alle“ referiert. Arbeitsgruppen hätten sich nachfolgend mit der barrierefreien Stadtplanung und Quartiersentwicklung sowie der politischen Partizipation und Bewusstseinsbildung befasst. Schülerinnen und Schüler der Alfred-Herrhausen-Schule sorgten für musikalische Beiträge.

Die Vorträge und wesentlichen Ergebnisse des Fachtages seien unter <https://www.duesseldorf.de/behinderung/duesseldorf/fachtag-inklusion> abrufbar.

g) Stellungnahme des Seniorenrates zur Altersschwerhörigkeit

Herr Dölling erwähnt, der Ausschuss für Gesundheit und Soziales habe sich in seiner Sitzung am 24. August mit einer Stellungnahme des Seniorenrates zur Altersschwerhörigkeit befasst. Die Fraktionen hätten sich grundsätzlich positiv geäußert und zugesagt, die Erkenntnisse bei der künftigen Arbeit mit zu berücksichtigen. Wer Interesse an dem sehr ausführlichen Bericht habe, könne ihn über die Behindertenkoordination beziehen.

Frau Ott merkt an, der Seniorenrat habe unter dem Titel „Wir leihen Ihnen ein Ohr“ eine Kampagne geplant. Sie möchte anregen, dass Frau Utke diesen Vortrag in der nächsten Sitzung des Beirates wiederholen solle. Außerdem solle die Verwaltung einmal darstellen, wie viele Vereine und Verbände es gebe, die sich für Menschen mit Hörbehinderung in Düsseldorf engagieren. Der Impuls sei damals von dem Projekt Beethoven des Caritasverbandes im Rahmen der Haushaltsberatungen ausgegangen.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Herr Dölling antwortet, eine Kampagne sei vom Ausschuss nicht beschlossen worden. Frau Bürgermeisterin Zepunkte habe sich als in der Sitzung amtierende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Soziales für die sehr umfassende Arbeit bedankt und erklärt, dass dieses Thema sicherlich in die Arbeit der Fraktionen einfließen werde. Damit sei das Thema „gesetzt“. Herr Dölling erwähnt den Fachtag D: inklusiv, auf dem dargestellt worden sei, dass es sehr viele unterschiedliche Behinderungsformen gebe, für die Maßnahmen aufeinander abzustimmen seien. In der Sitzung des Beirates am 2. Februar 2015 sei die städtische Förderung von Organisationen für Menschen mit Hörbehinderungen umfassend dargestellt worden. Auf Wunsch könne das auch mit aktuellen Zahlen wiederholt werden.

Herr Wessels bestätigt, dass es sich um ein wichtiges Thema handele, das der Beirat auch künftig berücksichtigen müsse, da im Alter die Hörfähigkeit um 30 bis 40 Prozent zurückgehe. Er leitet dann zum nächsten TOP über.

TOP 7

Verschiedenes / Termine

Herr Wessels berichtet auf Nachfrage zum Stand der Messe Rehacare. Der Beirat habe einen von drei Ständen der Stadt Düsseldorf in der Halle 3, Stand-Nr. F68, der vom Mittwoch, 28. September bis Samstag, 1. Oktober, besetzt sei.

Er komme gerade von einer Veranstaltung der Mahn- und Gedenkstätte, die sich im kommenden Jahr mit dem Thema Euthanasie befassen wolle. Man wolle in Kooperation mit dem Beirat etwas vorbereiten, besonders für die Gruppe der Menschen mit Lernbehinderung. Er spricht auch speziell die Vertreterinnen und Vertreter der Vereine an.

Herr Wessels berichtet, die Konferenz Alter und Pflege (KAP) habe sich in ihrer Sitzung am 31. August anhand eines Vortrags von Herrn Flemming vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit dem Thema „Schaffung notwendiger Planungsvoraussetzungen zur Entwicklung pflegerischer Angebote für Menschen mit Behinderung“ befasst. Der Beirat müsse sich diesem wichtigen Themenbereich auch einmal widmen.

Außerdem weist er auf die Bürgersprechstunde des Arbeitskreises Bus und Bahn der ARGE e. V. hin, die am Donnerstag, den 15. September, von 14 bis 16 Uhr, wie jedes Jahr in der Passage am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Allee stattfindet. Dort könnten Bürgerinnen und Bürger mit Rheinbahn, Deutscher Bahn und Mitgliedern des Arbeitskreises über ÖPNV-Themen sprechen.

Frau Ott spricht das mit der Einladung versandte Konzept „Nette Toilette“ an. Im Stadtbezirk 1 beteiligten sich laut des Internetauftritts <http://www.die-nette-toilette.de>

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

derzeit im Rahmen des Pilotprojekts fünf Gaststätten, allerdings sei kein Behinderten-WC dort aufgeführt.

Herr Kozyk ergänzt, er halte das grundsätzlich für eine gute Idee. Wie er gehört habe, erhalte ein gastronomischer Betrieb, der eine Toilette zur Verfügung stelle, 50 Euro im Monat; wenn es eine barrierefreie Toilette sei, 100 Euro im Monat.

Er frage sich, ob es die Möglichkeit gebe, mit öffentlichen Fördermitteln Toiletten in barrierefreie Toiletten umzubauen.

Herr Wessels weist zunächst darauf hin, dass es seitens der Stiftung Wohlfahrtspflege entsprechende Fördermittel gebe, allerdings nur für gemeinnützige Träger.

Herr Greß antwortet zum Projekt „Nette Toilette“, für das auch das Amt für Gebäudemanagement zuständig sei. Im Stadtbezirk 1 gebe es das Pilotprojekt, bei dem tatsächlich fünf Toiletten angemietet worden seien, allerdings sei keine barrierefreie Toilette dabei. Man stehe kurz vor dem Vertragsabschluss, der ein barrierefreies WC betreffe.

Herr Welski fragt ergänzend nach, ob trotz des Konzepts „Nette Toilette“ die Planung neuer Wall-Toiletten weiter verfolgt werde. Vor einem Jahr etwa habe es eine diesbezügliche Frage zu möglichen Standorten an die Bezirksvertretungen gegeben.

Herr Greß antwortet, dass diese Planung weiter verfolgt werde. Wenn allerdings eine ausreichende Zahl bestehender Toiletten im Rahmen des Programms angeboten werde, seien möglicherweise einzelne Wall-Toiletten entbehrlich.

Herr Schlachetzki weist darauf hin, dass in den Einladungsunterlagen eine Liste der städtischen Toiletten beigefügt sei; allerdings könne man daraus weder deren Standort noch die Öffnungszeiten entnehmen.

Frau Ott fragt nach dem Sachstand hinsichtlich der neuen Haltestellenschilder der Rheinbahn. Diese habe in einer Kampagne verschiedene Alternativen dargestellt. Sie möchte wissen, welcher der gezeigten Entwürfe nun barrierefrei sei und ob es eine Entscheidung gegeben habe, bei der der Runde Tisch Verkehr einbezogen worden sei.

Frau Rigter antwortet, die Rheinbahn habe in der Sitzung des Runden Tisches Verkehr am 29. August erklärt, das Ergebnis der öffentlichen Präsentation der Entwürfe am Wilhelm-Marx-Haus sei nicht eindeutig gewesen. Die Rheinbahn habe zugesagt, bei der Entscheidungsfindung die von den Mitgliedern des Runden Tisches Verkehr eingebrachten Anregungen zu berücksichtigen; ein erneutes Abstimmungsgespräch werde es jedoch nicht geben.

Nach der Entscheidung werde man die neuen Entwürfe der Öffentlichkeit präsentieren.

Niederschrift der Sitzung des Beirates zur Förderung der Belange von Menschen mit Behinderung vom 5. September 2016

Herr Borzim informiert die Beiratsmitglieder über das Sommerfest der Werkstatt für angepasste Arbeit am 23. September; alle Beiratsmitglieder seien herzlich eingeladen.

Herr Graf lädt alle Anwesenden herzlich zur Feier des 40-jährigen Bestehens des Stadtverbands der Gehörlosen am 24. September ein. Die Veranstaltung beginne um 13 Uhr im Salzmannbau / Bürgerhaus Bilk, Himmelgeister Straße 107.

Fragestunde für Bürgerinnen und Bürger

Herr Freitag regt eine stärkere Vernetzung von Sport und Behinderung an.

Herr Wessels antwortet, dass es zum Thema Behinderung und Sport eine Veranstaltung der ARGE e. V. gegeben habe, in der klar geworden sei, dass die Vernetzung zwischen Behinderung und Sport unzureichend sei. Er selber habe auch weitere Treffen angeregt. Er bittet Herrn Freitag, sich diesbezüglich an eine Behindertenvertreterin oder einen Behindertenvertreter des Beirates zu wenden.

Frau Adler-Segnon bittet im Zusammenhang mit dem Internetauftritt der Stadt Düsseldorf darum, weitere inhaltliche Seiten in Leichte Sprache zu übersetzen. Herr Müller antwortet, dass der Runde Tisch Kommunikation sich mit dem Thema befasse und die Vereine aufgerufen seien, Vorschläge zu thematischen Schwerpunkten zu machen.

Herr Wessels schließt die Sitzung mit dem Hinweis auf die nächste Sitzung am Montag, den 5. Dezember, um 14 Uhr.

Ende der Sitzung: 16 Uhr

Ratsherr Lehne

Vorsitzender

Wessels

stellvertretender Vorsitzender

Müller

Schriftführung